

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Dehnel, Günter Nooke,
Klaus Brähmig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/7146 –**

Finanzierungssicherheit für den Bundesfernstraßenbau über das Jahr 2002 hinaus

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag mit dem Ziel gestellt, dass der Deutsche Bundestag beschließen soll, dass für die Länder, die im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung für den Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen tätig werden, eine planerische Sicherheit über das Auslaufen des gegenwärtigen Investitionsprogramms zum Jahresende 2002 hinaus sichergestellt werden soll.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie der Fraktionen der FDP und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 14/7146 abzulehnen.

Berlin, den 17. April 2002

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Reinhard Weis (Stendal)
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Reinhard Weis (Stendal)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 14/7146 in seiner 199. Sitzung am 9. November 2001 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller haben einen Antrag mit dem Ziel gestellt, dass der Deutsche Bundestag beschließen soll, dass für die Länder, die im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung für den Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen tätig werden, eine planerische Sicherheit über das Auslaufen des gegenwärtigen Investitionsprogramms zum Jahresende 2002 hinaus sichergestellt werden soll.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat den Antrag in seiner 76. Sitzung am 20. Februar 2002 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und des Vertreters der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und des Vertreters der Fraktion der FDP, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 100. Sitzung am 13. März 2002 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag in seiner 80. Sitzung am 20. März 2002 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie der Fraktionen der FDP und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** betonte, mit dem Infrastrukturprogramm „Investitionsprogramm 1999 bis 2002“, dem Anti-Stau-Programm 2003 bis 2007 und dem Zukunftsinvestitionsprogramm 2001 bis 2003 habe die Bundesregierung den Ländern über das Jahr 2002 hinaus finanzielle Mittel für Verkehrsprojekte zur Verfügung gestellt. Sie habe damit die notwendige Kontinuität des Planungs- und Investitionsgeschehens in den kommenden Jahren sichergestellt. Die In-

vestitionsmittel seien allerdings bis 2007/2008 durch laufende Projekte gebunden; daher sei damit zu rechnen, dass bis dahin nur in sehr geringem Umfang neue Projekte realisiert werden könnten. Die Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans sei in Vorbereitung; die entsprechende Gesetzgebung sei für 2003 vorgesehen. Mit dem überarbeiteten Bundesverkehrswegeplan werde auch für die Länder Planungssicherheit bei der Auftragsverwaltung geschaffen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** wies darauf hin, dass die bestehenden Finanzierungsprogramme insgesamt Planungssicherheit vermissen ließen. Es nütze nichts, neue Programme oder Maßnahmenpakete vorzulegen, die eventuell erst nach 2003 in Angriff genommen werden sollten. Trotz aller Programme und Maßnahmenpakete stehe nicht mehr Geld für den Straßenbau zur Verfügung. Das Investitionsprogramm sei nur bis 2002 geplant. Es werde aber tatsächlich bis 2010 dauern, ehe die Planungen abgearbeitet seien. Erwartet werde ein Gesamtkonzept mit der notwendigen Finanzierungs- und Planungssicherheit für den Bundesfernstraßenbau über das Jahr 2002 hinaus.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, die Bundesregierung habe es nicht an Aktivitäten für ein modernes und leistungsfähiges Verkehrssystem fehlen lassen. Die Fraktion begrüße es, dass es gelungen sei, die Verkehrsinvestitionen durch mehrere Programme abzusichern. Allerdings seien nur Projekte gesichert, wenn sie in den Vorrangigen Bedarf eingestellt seien. Dies gelte nicht für alle pauschal eingestuften Projekte aus dem Bundesverkehrswegeplan. Bei verschiedenen Projekten müssten deshalb noch Entscheidungen über die Finanzierung getroffen werden.

Die **Fraktion der FDP** bemerkte, richtig sei, dass baldmöglichst Finanzierungssicherheit für den Bundesfernstraßenbau über das Jahr 2002 hinaus geschaffen werden müsse. Auch das Investitionsprogramm sehe noch Investitionen vor, die im Haushalt erst abgesichert werden müssten. Daher könne für die Länder keine Planungssicherheit bestehen. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU könne allerdings eher als ein Sonderfinanzierungsprogramm für den Freistaat Sachsen angesehen werden, als dass er das eigentliche Problem der Finanzierungssicherheit löse. Es müsse aber eine gesamtstaatliche Lösung angestrebt werden.

Die **Fraktion der PDS** meinte, viele in dem Antrag genannte Projekte seien ökologisch fragwürdig, verkehrspolitisch nicht sinnvoll und für die regionale Wirtschaft eher schädlich. Die genannten Vorhaben benötigten nicht mehr Planungssicherheit, sondern bedürften einer sorgfältigen Überprüfung der Planungsgrundlagen.

Berlin, den 17. April 2002

Reinhard Weis (Stendal)
Berichterstatter

